



Manifest zur Nicht-Anerkennung des Verhaltens der Vereinigten Staaten von Amerika

Rechtliche, ethische und politische Grundlage eines Prinzips, das keine Ausnahmen zulässt — nicht einmal an der Spitze

An wen es sich richtet

An die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und alle Vertragsstaaten der Charta der Vereinten Nationen. An die internationalen Institutionen. An jeden Bürger, der glaubt, dass das Recht für alle gilt oder für niemanden. Und an jene, die meinen, die internationale Legalität zu verteidigen, wenn das Opfer der Verletzung ein Autokrat ist, heiße den Autokraten zu verteidigen. Das tut es nicht. Es ist der einzige Moment, in dem die Verteidigung der Legalität ihre Aufrichtigkeit beweist.

Dieses Manifest ist das vierte einer Serie. Das erste betrifft das Verhalten des Staates Israel; das zweite das der Russischen Föderation; das dritte den Völkermord im Sudan und jene, die ihn bewaffnen. Alle wenden dasselbe Rechtsschema an — die Nicht-Anerkennungspflichten der ARSIWA-Artikel 40-41 — auf verschiedene Verletzer aus verschiedenen Lagern. Dieses vierte Dokument schließt den Kreis auf die einzig kohärente Weise: indem es das Prinzip auf die Spitze des Systems selbst anwendet. Die anderen Manifeste sind verfügbar auf iwillnotlookaway.org.

I. Vorbemerkung

In der Nacht des 3. Januar 2026 griffen die Vereinigten Staaten von Amerika Venezuela an. Luftangriffe auf Caracas und drei Bundesstaaten des Landes, demontierte Luftabwehr, gekappte Kommunikation, zivile und militärische Opfer. Um 2:01 Uhr erreichten Spezialkräfte die Residenz von Präsident Nicolás Maduro und holten ihn aus seinem Schlafzimmer, zusammen mit seiner Frau, während sie schliefen. Überstellt auf ein Kriegsschiff, dann in ein Gefängnis in New York, um von einem amerikanischen Bundesgericht wegen Drogenhandels angeklagt zu werden.

Kein internationaler Haftbefehl. Keine Genehmigung des Sicherheitsrats. Kein venezolanischer bewaffneter Angriff, auf den zu antworten gewesen wäre. Nicht einmal

die Genehmigung des amerikanischen Kongresses. Eine Operation, die mit unfreiwilliger Präzision «Absolute Resolve» genannt wurde: absolute Entschlossenheit — also per Definition von jeder Bindung gelöst.

Der amerikanische Präsident erklärte anschließend, die Vereinigten Staaten würden «das Land bis zur Transition regieren». Die De-facto-Verwaltung eines souveränen Staates, verkündet auf einer Pressekonferenz aus einem privaten Resort.

Dieses Manifest entspringt keiner Sympathie für das venezolanische Regime — das keine verdient. Es entspringt dem Prinzip, das die anderen drei Dokumente dieser Plattform begründet: Kein Staat steht über dem Völkerrecht. Und wenn das Prinzip für den Mächtigsten nicht gilt, war es nie ein Prinzip: Es war nur die Regel, die der Mächtigste den anderen auferlegte.

II. Der Präzedenzfall, der das Gebäude einreißt

Unter allen Verletzungen jener Nacht hat eine strukturelle Folgen, die über den venezolanischen Fall hinausgehen.

Das Völkerrecht gewährt amtierenden Staatschefs absolute persönliche Immunität vor der Gerichtsbarkeit anderer Staaten. Das ist kein Privileg der Mächtigen: Es ist der Schlussstein, der jeden Staat daran hindert, fremde Führer auf der Grundlage eigener Gesetze und eigener Anklagepunkte zu «verhaften». Der Internationale Gerichtshof hat dies im Haftbefehl-Fall (Kongo g. Belgien, 2002) unmissverständlich festgestellt: Ein amtierender Staatschef kann nur von einem internationalen Gericht abgeurteilt werden — wie der IStGH für Putin oder Netanjahu — niemals von der innerstaatlichen Justiz eines anderen Landes.

Die Vereinigten Staaten haben genau das getan: Sie haben ihr eigenes Strafgesetzbuch auf einen fremden Staatschef angewandt, ihn unter Bombardierung seiner Hauptstadt gewaltsam aus seinem Territorium geholt, und werden ihn vor einem eigenen Bezirksgericht anklagen.

Die Folgen betreffen nicht Maduro. Sie betreffen alle. Hält der Präzedenzfall, kann jede Macht dasselbe tun: China kann einen Präsidenten «verhaften», den seine Gesetze als Terroristen qualifizieren; Russland kann einen Führer «verhaften», den sein Gesetzbuch als Extremisten qualifiziert. Der Anklagepunkt ist irrelevant — jede innerstaatliche Rechtsordnung kann einen produzieren. Was am 3. Januar niedergerissen wurde, ist kein Regime: Es ist die Barriere, die das Völkerrecht vom Recht des Stärkeren trennte.

Hinzu kommt der Kontext: Seit September 2025 über dreißig Militärschläge gegen Boote in der Karibik und im Pazifik, mehr als hundertzehn Menschen getötet ohne Prozess, ohne

formelle Anklage, ohne dass je ein Gericht ihre Schuld geprüft hätte. Außergerichtliche Hinrichtungen in internationalen Gewässern, normalisiert als «Kampf gegen den Drogenhandel».

III. Verletzter Normenrahmen

- Artikel 2(4) der UN-Charta — Verbot der Gewaltanwendung gegen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines anderen Staates. Artikel 51 (Selbstverteidigung) ist unanwendbar: Venezuela hatte die Vereinigten Staaten weder angegriffen noch bedroht
- Persönliche Immunität amtierender Staatsoberhäupter — Völkergewohnheitsrecht; IGH, Haftbefehl vom 11. April 2000 (Kongo g. Belgien, 2002)
- Interventionsverbot — IGH, Nicaragua g. Vereinigte Staaten (1986): das Urteil, das die Vereinigten Staaten genau für die rechtswidrige Gewaltanwendung gegen einen lateinamerikanischen Staat verurteilte und das Washington damals wie heute ignorierte
- Verbot außergerichtlicher Hinrichtungen — Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Art. 6; Recht auf Leben und auf ein Verfahren
- Verbot der Verwaltung fremden Territoriums ohne Titel — die Ankündigung, «das Land bis zur Transition zu regieren», stellt eine De-facto-Besetzung ohne jede Rechtsgrundlage dar

IV. Rechtsgrundlage der Nicht-Anerkennung

Die Artikel über die Staatenverantwortlichkeit (ARSIWA, ILC/UN 2001), Artikel 40 und 41, verpflichten alle Staaten angesichts schwerwiegender Verletzungen zwingender Normen: die durch die Verletzung geschaffene Lage nicht als rechtmäßig anzuerkennen; keine Beihilfe zu ihrer Aufrechterhaltung zu leisten; zusammenzuarbeiten, um sie mit rechtmäßigen Mitteln zu beenden.

Das Aggressionsverbot ist eine zwingende Norm (*jus cogens*). Es war eine, als Russland es verletzte. Es ist eine, wenn die Vereinigten Staaten es verletzen. Die Pflicht zur Nicht-Anerkennung unterscheidet nicht zwischen sympathischen und unsympathischen Aggressoren, zwischen Verbündeten und Gegnern: Diese Unterschiedslosigkeit ist genau das, was sie zu Recht macht.

Daraus folgt eine präzise Konsequenz: Kein Staat darf eine venezolanische Regierung als legitim anerkennen, die unter fremder Militärverwaltung eingesetzt wurde, noch die

Gerichtbarkeit eines amerikanischen innerstaatlichen Gerichts über einen Staatschef, der durch einen Akt der Aggression gefangen wurde.

V. Die Konsequenzprobe — das lauteste Schweigen

Als Russland die Ukraine überfiel, reagierte die Europäische Union binnen Stunden: einstimmige Verurteilung, Sanktionen, eingefrorene Reserven, Sondergipfel.

Als die Vereinigten Staaten Caracas bombardierten und einen Staatschef entführten, reagierte die Europäische Union so: Die Hohe Vertreterin kommentierte, Maduro «fehle die Legitimität». Die Kommissionspräsidentin sprach von einer «friedlichen Transition», ohne die Operation zu nennen — als wäre Maduro vom Wind davongetragen worden. Ein europäischer Außenminister spöttelte: «Es hätte keinen Besseren treffen können.» Keine Verurteilung. Keine Sanktion. Kein Sondergipfel. Ein einziger europäischer Regierungschef berief sich mit Klarheit auf das Völkerrecht — und die formelle Verurteilung der Aggression kam von Lula, Petro, Boric, aus Mexiko: aus dem Süden der Welt, nicht aus dem Europa, das sich zur Mutter des Rechts erklärt.

Dass Maduro ein Autokrat war, ist wahr und irrelevant. Das Völkerrecht schützt Führer nicht, weil sie gut sind: Es schützt sie, weil die Alternative ist, dass jede Macht sich zum Richter, Polizisten und Henker der anderen macht. Das Europa, das zu Caracas schweigt, nachdem es Moskau sanktioniert hat, bescheinigt vor der ganzen Welt, dass sein Kompass nicht das Recht ist: Es ist die Identität des Aggressors.

Und hier erreicht der Schaden den Grund. Denn die Vereinigten Staaten sind kein beliebiger Staat: Sie sind der Architekt der Ordnung von 1945, die Macht, die die Charta von San Francisco schrieb, die Nürnberger Tribunale einrichtete, achtzig Jahre lang die «regelbasierte Ordnung» in jeden Winkel des Planeten predigte. Wenn der Garant des Systems es ungestraft verletzt — und seine Verbündeten applaudieren oder schweigen — fällt nicht eine Regierung in Caracas: Es fällt das Argument selbst, mit dem der Westen seine moralische Führung rechtfertigte. Jede künftige westliche Verurteilung fremder Aggression wird tot geboren, mit Caracas als fertiger Antwort. Die vermeintliche ideologische Überlegenheit des Westens hält nicht mehr: nicht weil ihre Prinzipien falsch waren, sondern weil er bewiesen hat, dass er nicht an sie glaubt.

VI. Konkrete Maßnahmen

1. Die formelle Verurteilung der Aggression vom 3. Januar 2026 als Verletzung von Artikel 2(4) der UN-Charta, in denselben Formen wie bei der russischen Aggression gegen die Ukraine

2. Die Nicht-Anerkennung jeder venezolanischen Regierung, die unter fremder Militärverwaltung oder -aufsicht eingesetzt wurde, bis das venezolanische Volk sich in freien Wahlen ohne Besatzer äußern kann
3. Die Nicht-Anerkennung der Gerichtsbarkeit US-amerikanischer innerstaatlicher Gerichte über einen durch einen Aggressionsakt gefangenen Staatschef und die Forderung seiner Überstellung an eine internationale Gerichtsbarkeit für die Verbrechen, für die er sich verantworten muss — die existieren und einen legitimen Prozess verdienen
4. Eine unabhängige internationale Untersuchung der außergerichtlichen Hinrichtungen auf See und der zivilen Opfer der Angriffe
5. Die Anwendung derselben Standards auf jeden Staat, welches auch immer sein geopolitisches Gewicht sei — denn ein Recht, das vor dem Stärksten haltmacht, hat nie existiert

VII. Grundlegende Unterscheidung

Dieses Manifest ist keine Verteidigung von Nicolás Maduro. Sein Regime hat den Dissens unterdrückt, die Institutionen ausgehöhlt, eine Wahl gestohlen: Der Sieg der Opposition 2024 ist dokumentiert, und die darauf folgende Repression ist eine Schande, für die der Chavismus vor der Geschichte und — hoffentlich — vor einem legitimen Gericht einsteht. Es ist auch kein Manifest gegen das amerikanische Volk, dessen eigene Presse die Operation als illegal bezeichnete und dessen Kongress nicht einmal konsultiert wurde.

Es richtet sich gegen eine Methode. Die Immunität eines unhaltbaren Staatschefs zu verteidigen ist der höchste Test der Aufrichtigkeit dessen, der ans Recht glaubt: Jeder kann die Legalität verteidigen, wenn sie die Unschuldigen schützt. Das Prinzip beweist sich, wenn es auch jene schützt, die wir verachten — denn in diesem Moment hört es auf, Bequemlichkeit zu sein, und wird Zivilisation.

Schlusserklärung

Ich erkenne die Aggression vom 3. Januar 2026 gegen Venezuela nicht als rechtmäßig an. Ich erkenne die Entführung eines amtierenden Staatschefs nicht als «Polizeioperation» an. Ich erkenne die fremde Verwaltung eines souveränen Staates nicht als «Transition» an. Ich gestehe dem Mächtigsten nicht das Recht zu, das zu tun, was er bei anderen verurteilt. Und ich stelle fest: Wer das Gebäude der internationalen Gerechtigkeit errichtet hat, reißt es von innen ein, während Europa wegsieht. Dieses Manifest existiert, damit jemand zu Protokoll gibt, dass nicht alle weggesehen haben. Denn das Recht gilt für alle — oder für niemanden.

Normative Referenzen

- Charta der Vereinten Nationen, Art. 2(4), 51
- IGH, Haftbefehl vom 11. April 2000 (DR Kongo g. Belgien), 2002 — Immunität amtierender Staatsschefs
- IGH, Militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua (Nicaragua g. Vereinigte Staaten), 1986
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966), Art. 6
- ARSIWA (ILC/UN 2001), Art. 40-41
- Erklärung des UN-Generalsekretärs, 3. Januar 2026 («gefährlicher Präzedenzfall»)
- Gemeinsame Erklärung der Regierungen Brasiliens, Kolumbiens, Chiles, Mexikos, Uruguays und Spaniens, Januar 2026